

Weichenstellungen zu den Wahlen 2015 im Wallis Seite 10

Franz Webers halsstarriger Salto mortale Seite 10

208 Vorschläge für eine neue Nationalhymne Seite 11

Unmut über das Bundesgericht bei forensischen Psychologen Seite 11

SCHWEIZER VISIONÄRE

# Der Demokratieverfeinerer

Wie Andreas Gross in seinem jurassischen Denklabor an zivilgesellschaftlichen Utopien tüftelt

Bekannt wurde Andreas Gross als Armeeabschaffer. Doch der SP-Nationalrat ist von einer übergeordneten Mission beseelt. Er will die direkte Demokratie stärken: lokal, europaweit, global.

René Zeller

Wo der Doubs still zwischen den Juraketten dahinfließt, entrückt man instinktiv der alltäglichen Hektik. Am Ufer des Flusses, nahe bei Pruntrut, liegt das herausgeputzte Städtchen St-Ursanne. Wer würde vermuten, dass hier ein eidgenössischer Überzeugungstäter an einer besseren Welt labortiert?

Zuhinterst im historischen Ortskern hat sich Andreas Gross mit seinem Atelier für direkte Demokratie eingenistet. Das Eckhaus der einstigen Stadtbefestigung, in dem der in Basel aufgewachsene Zürcher SP-Nationalrat logiert, umringt von 30 000 Büchern, von Periodika und Dokumenten sonder Zahl, ist eine intellektuelle Schatztruhe. Kaum vorstellbar, dass in dieser vollgepackten Wohn-Ess-Schlaf-Bibliothek jemand den Überblick behalten kann.

Andreas Gross ist willens, den aus Zürich angereisten Gast vom Gegenteil zu überzeugen. Ein Buch über Fussball? In Brasilien wird gerade Weltfussball gespielt. Der einstige Flügelstürmer des FC Nationalrat greift ins Bücherregal, das sich ans Küchenmobiliar schmiegt. Er befördert eine Publikation von César Luis Menotti ans Licht, dem von intellektuellen Lüften umwehten Ex-Nationaltrainer Argentinien.

Eins zu null für den Gastgeber.

## Die GSoA als Etappe

Andreas Gross ist bekennender Fussballfan. Er analysiert liebend gerne Spielzüge und teaminternes Gruppenverhalten. Sein wahres expertokratisches Wissen liegt allerdings auf den Spielwiesen der Politik. 1974 schloss sich Gross während seines Geschichtsstudiums in Zürich den Jungsozialisten an. Seither ist er unheilbar mit dem Virus politicum infiziert.

Ins nationale Rampenlicht trat Gross, als die von ihm mitbegründete Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) festgefügte sicherheitspolitische Denkmuster radikal infrage stellte.



Von Sachbüchern umzingelt: Andreas Gross in seinem Atelier für direkte Demokratie im jurassischen St-Ursanne.

KARIN HOFER / NZZ

Die direktdemokratische Offensive der GSoA habe im November 1989 zur «erfolgreichsten Niederlage in der Geschichte der Schweizer Demokratie» geführt, urteilt Andreas Gross selbstzufrieden. Gleichzeitig hält er aber fest, dass der Pazifismus nicht Dreh- und Angelpunkt seiner politischen Mission sei. Die konkrete Utopie einer Schweiz ohne Armee sei lediglich Teil seiner Auseinandersetzung mit den direkt-demokratischen Spielregeln gewesen.

In der Tat: Andreas Gross ist der direkten Demokratie verfallen. Sie ist sein Beruf, sein Forschungsgegenstand, sein Hobby, sein intellektueller Nektar. Er hat, einem Wanderprediger gleich, zahllose Staaten erkundet – sei es als Mitglied des Europarats, als Wahlbeobachter oder Vortragsreisender. Das Atelier für direkte Demokratie in St-Ursanne ist seine private Denkwerkstatt, die er nutzt, um leidenschaftlich zu debattieren, referieren und publizieren – und um neue Utopien zu entwerfen.

Wo drückt hierzulande der direkt-demokratische Schuh? Die Schweiz ist doch mustergültig demokratisch?

## Unvollkommene Schweiz

An Optionen, die schweizerische Direkt-demokratie zu verfeinern, mangle es nicht, sagt Andreas Gross. Die Einführung der Gesetzesinitiative sei ein überfälliges Postulat. Auch die vorherrschenden Abwehrreflexe gegen die Einführung des Ausländerstimmrechts kämen einem demokratischen Klumpfuss gleich. Und: «Demokratie braucht Infrastruktur», lautet ein Ceterum censeo des Demokratieverfeinerers.

Damit spricht er zum Beispiel die staatsbürgerliche Bildung an. Diese werde hierzulande faktisch den Schulen und Familien überlassen. Die Behörden müssten viel stärker in die Pflicht genommen werden. Gross verweist auf die neue Zürcher Verfassung, in der auf Drängen von ihm selber folgender Pas-

sus eingefügt wurde: «Kanton und Gemeinden unterstützen das demokratische politische Engagement.»

Schraubendrehungen am demokratischen Instrumentarium der Schweiz genügen Andreas Gross allerdings nicht. Im Jura denkt er auch über die Vision eines demokratischeren Europa nach. Angesichts der fortschreitenden Digitalisierung brauche es heute weniger Mut als früher, sich in der Europäischen Union ein Referendum vorzustellen. Wer sich der direkten Demokratie verpflichtet fühle, könne den Ruf nach europaweiten Bürgerinitiativen nicht länger negieren. Der überzeugte Europäer bezeichnet sich gleichzeitig als grosser EU-Kritiker. Das von 500 Millionen Personen bevölkerte Gebilde müsse nicht nur stärker werden, sondern vor allem demokratischer. Den prinzipiellen EU-Kritikern, die notorisch die Volkssouveränität preisen, gibt er zu bedenken: «Ein Nein zu Europa stärkt die direkte Demokratie nicht.»

Visionäre sind von kühnen Ideen beseelt. Wir sitzen vor der Kulisse des jurassischen Kleinods St-Ursanne. Im Abendlicht prallt der Blick jenseits des Doubs an die nächstgelegene Jurakette. Andreas Gross sagt, als habe er freien Blick aufs Mittelmeer: «Es reicht nicht, die EU demokratischer zu gestalten; wir brauchen globale Standards.»

Will heissen: Das Recht auf Bildung, Nahrung und Obdach müsste universell gewährleistet werden. Jegliches Machtgefüge sei zu verpflichten, diese Grundrechte zu achten. Als konkrete Utopien hat Andreas Gross weltregionale Parlamente vor Augen und ein globales Gericht als letzte Instanz. Damit einher geht die lapidar und gleichermassen visionär anmutende Forderung, dass kein Mensch rechtlos sein dürfe.

## Kein bisschen politikmüde

Soeben haben die Schweizer Fussballer in Brasilien unverdientermassen gegen Argentinien verloren. Das hindert den temporär paralyisierten Andreas Gross nicht daran, an seinen kühnen transnationalen Visionen festzuhalten. Nach seinem für 2015 annoncierten Rücktritt aus dem Nationalrat will er hängige Buchprojekte realisieren, Wahlen beobachten, in Europa und Übersee für die direkte Demokratie werben.

Der 62-jährige Weltverbesserer ist kein bisschen politikmüde – jedenfalls nicht, wenn es um die direkte Demokratie geht. Andreas Gross will Denken, Handeln und Arbeiten miteinander verbinden. Das erfordert unweigerlich, dass er von St-Ursanne aus immer wieder zu den direkt-demokratischen Baustellen dieser Welt aufbricht. Solange die Beine tragen.

## SCHWEIZER VISIONÄRE

Diesen Sommer trifft sich die NZZ mit Persönlichkeiten, die nicht im Mainstream schwimmen, sondern sich ihren eigenen Visionen verschrieben haben. Die Menschen hinter den Ideen – betreffen diese nun Natur, Kunst, Architektur, Gesellschaft oder Politik – werden in den nächsten Wochen vorgestellt.

www.nzz.ch

# Sturm auf die Gemeindeversammlung

In drei Zentralschweizer Kantonen laufen Bemühungen zur Änderung der Demokratieform

Die Urform der Gemeinde-demokratie verliert zunehmend an Unterstützung. Im Kanton Luzern bläst ausgerechnet die SVP zum Angriff auf die Volksversammlungen.

Erich Aschwanden

Seit Mai befindet sich Guido Luternauer auf einem Kreuzzug. Bis im Herbst sollen die SVP-Ortsparteien in acht bis zehn Luzerner Gemeinden Initiativen oder Anträge für Gemeindeversammlungen vorbereiten, mit denen ebendiese Gemeindeversammlung abgeschafft wird. Mit seiner medienwirksam inszenierten Offensive hat der ehemalige SVP-Kantonsrat offensichtlich einen Nerv getroffen. Zum einen steht die angestrebte Zahl von Aufhebungsanträgen bereits vor den Sommerferien, zum anderen hat er eine heftige Diskussion losgetreten. Für Erstaunen sorgt in erster Linie, dass die Attacke von der

SVP kommt, die sich sonst gerne als Gralshüterin der direkten Demokratie in Szene setzt. Die CVP liess sich denn auch nicht lange bitten und kritisierte den «Angriff auf Ur-Demokratie». Urnenabstimmungen seien nur auf den ersten Blick demokratischer, heisst es bei den Christlichdemokraten.

## Gemeindeparlamente in Zug

Dem widerspricht Luternauer. «Ist es demokratisch, wenn durchschnittlich 5 Prozent der Stimmberechtigten an Gemeindeversammlungen teilnehmen?», stellt er fest. Mit Urnengängen erreiche man deutlich mehr Stimmberechtigte. Der SVP-Mann führt an, dass in einigen Gemeinden wie Hochdorf oder Ruswil der Gemeinderat Urnenabstimmungen einführen wollte.

In Luzern steht die SVP hinter dem breitflächigen Angriff, auch wenn die Kantonalpartei ihre Hände in Unschuld wäscht und betont, sie lasse freie Hand. Im Kanton Zug erfolgt der Sturm auf die

Gemeindeversammlung aus einer anderen Ecke und mit einer anderen Stossrichtung. Dort fordern die Grünliberalen per Volksinitiative, dass in Orten mit mehr als 10 000 Einwohnern die Stimmberechtigten über die Einführung eines Gemeindeparlaments entscheiden müssen. Konkret im Visier haben sie Cham und Baar, das mit seinen über 23 000 Einwohnern eine der grössten Gemeinden der Schweiz ohne Parlament ist. Michèle Kottelat kritisiert, hier würde immer noch in dörflichen Strukturen entschieden, obwohl sie zu Städten würden. Wenn es darum gehe, eine Sporthalle zu errichten, mobilisiere der Turnverein seine Mitglieder für die Gemeindeversammlung. «Als Auswärtige hat man dagegen in der offenen Abstimmung keine Chance», ärgert sich die GLP-Co-Präsidentin.

## Richterwahlen mit Handmehr

Über besonders grosse Entscheidungskompetenzen verfügen die Gemeinde- und Bezirksversammlungen im Kanton

Schwyz. Im Bezirk Schwyz, der fünfzehn Gemeinden und gut die Hälfte des Kantonsgebiets umfasst, werden der Bezirksammann, die Bezirksräte, der Landschreiber und sogar die Richter von jeweils weniger als einem Prozent der Stimmberechtigten im offenen Handmehr gewählt. FDP-Kantonsrat Rolf Bolting will diese Demokratieform nicht abschaffen, aber entmachten. Wahlgeschäfte und Finanzfragen müssten zwingend an der Urne entschieden werden, verlangt er in einer Einzelinitiative. Ausserdem sollen Urnenabstimmungen erleichtert werden sowie ein Finanzreferendum möglich sein.

Gemeinsam ist den Bemühungen in allen drei Kantonen das Unbehagen, dass wichtige Entscheide nur von einer kleinen Minderheit gefällt werden. Doch wenn die Gemeindeversammlung ersatzlos abgeschafft werde, fehle ein Gefäss zur Meinungsbildung, sagt Olivier Dolder vom Forschungs- und Beratungsunternehmen Interface Politikstudien. Ein Instrument für die politische Diskussion brauche es jedoch.

# Anpassungsbegehren bei der EU placiert

Freizügigkeitsabkommen ändern

Die Schweiz hat bei den EU-Behörden ihr formelles Begehren eingereicht, das Personenfreizügigkeitsabkommen anzupassen. Der Schritt erfolgte, nachdem der Bundesrat am 20. Juni das Konzept zur Umsetzung der SVP-Zuwanderungsinitiative festgelegt hatte. Die Regierung will für die meisten Ausländergruppen Kontingente und Höchstzahlen einführen. Bei dem Begehren handelt es sich um ein Schreiben des Direktors des Bundesamts für Migration an den Leiter der EU-Delegation im Gemischten Ausschuss.

Die EU-Kommission wird das Begehren laut einer Sprecherin prüfen. Wie schon wiederholt erklärt, sei die Kommission aber nicht zu Verhandlungen bereit, die auf Kontingente und einen Inländervorrang abzielten. Auf Schweizer Seite wird das Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) zusammen mit dem Aussendepartement (EDA) und dem Wirtschaftsdepartement (WBF) bis im Herbst ein Verhandlungsmandat ausarbeiten.